



FÜR EUROPA WERBEN



Foto: Carolin Weintopf

Liebe Leserinnen und Leser!

Europa verliert nie an Aktualität. Nach dem verstörenden Brexit und der Wahl Trumps brauchen wir mehr denn je eine Wertegemeinschaft, die für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit steht. Europa verbindet. Es ist eine Gemeinschaft, die uns stark macht. Die sich selbstbewusst gegen totalitäre Gesellschaftsvorstellungen, antisemitische Hasstiraden und nationalistische Bestrebungen stellen muss.

Berlin als Europäische Metropole zeigt, dass Vielfalt ein Gewinn ist. Unsere Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft lebt von den vielen unterschiedlichen Einflüssen der Berlinerinnen und Berliner und Menschen aus aller Welt, die zu uns kommen. Deswegen liegt es auch an uns, Europa erlebbar zu machen. Europa ist weit mehr als die Summe der Vorgaben aus Brüssel, es ist ein Freiheitsversprechen.

Wir erleben es jeden Tag: Meinungs- und Pressefreiheit, Gleichberechtigung, Religionsfreiheit, Offenheit und Toleranz sind keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen uns gemeinsam jeden Tag dafür einsetzen.

Europa ist unsere Antwort für eine friedliche Welt.

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Ein Köpenicker Wahrzeichen lädt wieder ein: Mit der Restaurant-Eröffnung „Hauptmann“ kann man auf dem Müggelberg nicht nur die Aussicht, sondern auch Kulinarisches genießen.

Foto: Oliver Igel

Müggelturm neu eröffnet

Er war ein Anziehungspunkt für die Berlinerinnen und Berliner, weit über 200 Tsd. Menschen besuchten ihn durchschnittlich jedes Jahr, um die 126 Stufen hinaufzusteigen und den unvergleichlichen Panoramablick, der weit über Müggelsee und Langer See hinausreicht, zu genießen. Oder um sich zumindest für die Wanderung durch die Müggelberge auf der Sonnenterrasse oder im Restaurant kulinarisch zu belohnen.

Der Müggelturm ist gerade für die Älteren unter uns mit vielen Erinnerungen verbunden; umso größer war bei vielen das Unverständnis darüber, dass der Turm und insbesondere das Gastronomiegebäude vor dem Hintergrund fehlgeschlagener Privatisierungsversuche des Landes Berlin zunehmend verfielen. Allein, es blieb die Hoffnung, dass doch eine Revitalisierung dieses traditionellen Ausflugsziels gelingen möge.

Schon einmal stand es schlecht um den Müggelturm. Der eigentliche, von Carl Spindler um 1880 auf dem kleinen Müggelberg errichtete und 1889 im chinesischen Pagodenstil erweiterte hölzerne Aussichtsturm brannte am 19. Mai 1958 vollständig ab. Aber noch im gleichen Jahr initiierte die Berliner Zeitung einen Architekturwettbewerb für einen neuen Müggelturm. Dieser 29,61 Meter hohe, in Stahlbetonskelettbauweise errichtete und an der Formensprache der Moderne errichtete Turm verfügt über neun Geschosse mit Panoramafenstern und einer Aussichtsplattform. Der angelegte Gastronomiebereich beinhaltet seinerzeit ein Restaurant, eine Weinstube und Sonnenterrassen. Bei den Berlinerinnen und Berlinern erfreute sich auch dieser neue Turm großer Beliebtheit; er war weiterhin ein attraktives und vielbesuchtes Ausflugsziel im Südosten Berlins.

Nun gibt es wieder einen Neuanfang. Der Köpenicker Unternehmer Matthias Große hatte den Müggelturm im Jahre 2012 von der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH erworben. Zuvor hatte der Liegenschaftsfonds den bis dahin bestehenden Vertrag mit einem Krefelder Unternehmer, der seinen vertraglichen Verpflichtungen nur unzureichend nachgekommen war, auf Initiative des Bezirksamts Treptow-Köpenick rückabgewickelt. Im Jahre 2014 begann Große mit der denkmalgerechten Sanierung des Gastronomiegebäudes. Nicht zuletzt auf Grund der Lage des Gebäudes mitten in den Berliner Forsten war dazu ein komplexes und anspruchsvolles Baugenehmigungsverfahren zu durchlaufen und manche Hürde aus dem Weg zu räumen. Das gelang dank der klaren Zielorientierung und Beharrlichkeit des Eigentümers wie

auch des konstruktiven und pragmatischen Vorgehens der zuständigen Verwaltung.

Mit einer öffentlichen Feier am 1. Mai wurde mit großer Beteiligung der Bevölkerung im Beisein des Bezirksbürgermeisters Oliver Igel und des Baustadtrats Rainer Hölmer nicht nur der Müggelturm, sondern auch die angeschlossene Gastronomie neu für alle Besucherinnen und Besucher geöffnet. Neben der Müggelturm-Baude im Untergeschoss, die bereits seit März die Jahres Speisen und Getränke anbietet, offeriert nunmehr auch das Restaurant im Obergeschoss allen Gästen ein kulinarisches Angebot. Auch Veranstaltungen unterschiedlicher Art sollen zukünftig möglich sein.

Das Ausflugsziel Müggelturm stellt sich somit neu auf. Und Treptow-Köpenick bekommt ein alte Attraktion neu zurück.

IN DIESER AUSGABE

FÜRGÄNGERTUNNEL AM BAHNHOF SCHÖNEWEIDE

Sanierung oder dauerhafte Schließung?

SEITE 2

SOZIAL. MODERN. FAIR.

Antworten auf die 10 wichtigsten Fragen zum „Solidarischen Grundeinkommen“

SEITE 3

SCHULBAU GEHT WEITER VORAN

MEB an der Schule am Buntzelberg vor der Fertigstellung

SEITE 7

FAHRRADSTAFFEL DES BEZIRKSAMTES GEHT AN DEN START

BVV Treptow-Köpenick unterstützt mit Beschluss für Pedelecs

SEITE 8

Alle Menschen sind schwer in Ordnung! Zufriedene saubere Schulen

Neue Ausweishülle für den Schwerbeschädigtenausweis

Endlich gibt es ihn, den „schwer in Ordnung Ausweis“. Die Idee für die Ausweishülle stammt von einer 14-jährigen Schülerin mit Down-Syndrom aus Schleswig-Holstein, die sich durch die Bezeichnung ihres Schwerbehindertenausweises diskriminiert fühlte. Sie veröffentlichte dazu einen literarischen Text, in dem sie die vorhandene Bezeichnung in die aus ihrer Sicht positivere Variante „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“ umdeutete. Die Hülle erstellte sie gemeinsam mit einer Lehrerin. Die Idee fand viel positive Resonanz in den sozialen Netzwerken und erhielt Aufmerksamkeit quer durch die Medienlandschaft.

Nun können alle Menschen mit einem Handicap und einem entsprechenden Ausweis auch die Hülle beim Berliner Landesamt für Soziales und Gesundheit erhalten. Damit schließt sich Berlin dieser „nichtamtlichen“, von Schwerbehinderten initiierten, bundesweiten Aktion an.

Die „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“-Hülle kann auf Wunsch durch ein formloses Schreiben (auch per Email) oder telefonisch beantragt werden. Sie wird kostenfrei abgegeben, an den Absender verschickt oder kann abgeholt werden.

Hergestellt werden die Hüllen in einer Werkstatt, in der Menschen mit Behinderung arbeiten.



Die neue Ausweishülle ist ab sofort verfügbar.

Foto: Lars Düsterhöft

Mit neuen Maßnahmen sollen die Schulen im Bezirk sauberer werden. Dazu wurde der Einsatz von „Tagesreinigungskräften“ an Schulen getestet. Nachdem die Testschulen mit der neuen Verfahrensweise zufrieden sind, wurde nun mit dem Schulamt des Bezirks eine Ausweitung des Projekts vereinbart. Mit Tagesreinigungskräften sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Firmen für die Gebäudereinigung bereits während der Schulzeit beauftragt und nicht erst danach. „Die Reinigungskräfte sind damit direkt in der Schule ansprechbar. Einerseits ist es damit möglich, dass noch während der Schulzeit Dreckdecken beseitigt werden, an-

dere durch Ansprache an die Schülerinnen und Schüler vielleicht vermieden werden könnten. Hinzu kommt womöglich eine höhere Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil sie tagsüber arbeiten dürfen und damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert wird. Hoffentlich wird durch die Anwesenheit der Reinigungskräfte während der Schulzeit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter häufiger persönlich für ihre Arbeit gedankt“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Daraus ableitend wird nun an zwei Verwaltungsstandorten die Umstellung der Unterhaltsreinigung auf die tagszeitliche Reinigung erprobt.

KURZ NOTIERT

SPRECHSTUNDEN DER
SPD-POLITIKER**Lars Düsterhöft**

Mitglied des Abgeordnetenhauses für Ober-, Niederschöneweide und Johannisthal
04., 11. und 18. Juni
14.30 bis 17.30 Uhr
in der AnsprechBar, Siemensstr. 15, 12459 Berlin

Oliver Igel

Bezirksbürgermeister
31. Mai von 11.00 bis 12.30 Uhr
im Rathaus Köpenick
Zimmer 173

Tom Schreiber

Mitglied des Abgeordnetenhauses für Altstadt/ Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloss, Müggelheim
04. Juni und 02. Juli
9.00 bis 10.30 Uhr
im Abgeordnetenbüro,
Wendenschloßstr. 137
12557 Berlin
18. Juni und 16. Juli
12.00 bis 13.00 Uhr
in der Begegnungsstätte
Allende II, Alfred-Randt-Str. 42

FOTOAUSSTELLUNG

„Bis zum Fluss, bis zum Meer“ – Das ewige Lied von der Sehnsucht von Beate Laudzim bis zum Sommer zu sehen im Galerieraum des SPD-Kreisbüros, Hinterhaus, Grünauer Straße 8 in 12557 Berlin.

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin
und den Bezirken
(Seiten 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.),
Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landeseiten:
Christina Bauermeister, Birte Huizing,
Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum

Bezirksseiten Bezirk Treptow-Köpenick
(Seiten 1, 2)

Herausgeber:
SPD Treptow-Köpenick
Kreisvorsitzender Oliver Igel (V.i.S.d.P.)
Grünauer Str. 8, 12557 Berlin

Redaktion der Bezirksseiten:
Sabine Bock, Lars Düsterhöft, Rainer Hölmer,
Oliver Igel, André Rostalski, Ralf Thies

Rätselestellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Grafik: Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Fußgängertunnel am Bhf. Schöneweide

Wie geht es weiter? Sanierung oder dauerhafte Schließung?

Seit nun 1 1/2 Jahren ist der Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide gesperrt. Durch einen Brand im Dezember 2016 wurde er so stark beschädigt, dass vor einer Wiedereröffnung eine grundlegende Sanierung notwendig wurde. Der Brand führte zur Zerstörung der sichtbaren Tunneldecke einschließlich der Tunnelbeleuchtung und aller Türen zu den Betriebsräumen im Bereich des Ausganges am Bahnhof Schöneweide. Wie sich zwischenzeitlich herausstellte, ist nicht nur der Aufzug erheblich beschädigt, sondern auch die Fahrtrasse auf der Bahnseite. Die Wände und übrigen Tunneldecken sind durch die Rauchgase stark verrußt. Eine Anfrage des Abgeordneten Lars Düsterhöft ergab nun, dass sich die Sanierungskosten nach einer aktuellen Schätzung auf 210.000 Euro belaufen. Die Ar-



Der Fußgängertunnel am Bahnhof Schöneweide ist nach einem Brand seit nun 1 1/2 Jahren gesperrt.

Foto: Lars Düsterhöft

beiten sollen im Herbst beginnen und die Arbeiten am Tunnel nach drei Monaten abgeschlossen sein.

Lars Düsterhöft fragte aber auch

nach einer möglichen Schließung des Tunnels. Denn der Bezirk hat schon lange deutlich gemacht, dass er eine ebenerdige zusätzli-

che Straßenkreuzung bevorzugen würde. Dies soll - so die derzeitige Planung - im Rahmen des Umbaus des Vorplatzes des Bahnhofes Schöneweide erfolgen, also irgendwann nach 2022/2023. Es stellt sich so die Frage, warum der Tunnel überhaupt wiedereröffnet werden soll. Weshalb noch einmal hunderttausende Euro investieren, wenn der Tunnel am Ende sowieso geschlossen werden soll?

Der Abgeordnete Lars Düsterhöft bringt nun eine andere Nutzung des Tunnels ins Spiel: Ein Fahrradparkhaus, eine Fahrradwerkstatt oder eine künstlerische Nutzung wären eine spannende Alternative und würden den Bahnhof und das Umfeld dauerhaft aufwerten. In den kommenden Wochen wird er nun die Diskussion suchen und die Möglichkeiten ausloten.

KLARTEXT

**Zum Fluchhafen**

Lange nichts mehr gehört vom Großflughafen BER am Standort Schönefeld? Der eine oder andere mag davon nichts mehr hören, viele wollen auch künftig nichts davon hören. Viele in Treptow-Köpenick sind gar nicht so unglücklich darüber, dass die Termine für die Eröffnung Jahr für Jahr nach hinten verschoben werden und dieser bestenfalls mit acht Jahren Verspätung starten wird. Schon jetzt leiden viele

Menschen am Flugzeuglärm und fürchten (zurecht) eine weitere Verschlechterung. Dass die Standortentscheidung 1996 gefällt wurde, scheint längst vergessen. Wir fürchten aber nicht nur mehr Lärm, sondern auch die damit einhergehende Verkehrsentwicklung auf der Straße. Es ist schon hochnotpeinlich, dass trotz mehrjähriger Verzögerung der Anschluss des Flughafens an den öffentlichen Nahverkehr nicht auf dem erforderlichen Niveau liegen wird. Ich will aber nicht, dass sich zum Fluglärm auch noch ein Endlos-Stau gesellt, weil die Menschen nicht auf S-Bahn, Bus oder Regionalbahn, sondern auf Taxi oder Mietwagen umsteigen – unzumutbar! Deshalb bin ich schon lange mit meinen Kollegen aus dem Umland dabei, bessere Verkehrslösungen zu

fordern – ja, obwohl das dauern wird – dazu gehört eine Verlängerung der U-Bahn-Linie 7 von Neukölln nach Schönefeld. Das liegt zwar nicht auf unserem Bezirksgebiet. Aber wenn man mit der U-Bahn von Schönefeld bis Spandau fahren könnte – das ist die Strecke der U7, wären große Teile der Hauptstadt erschlossen und man muss nicht auf das Auto umsteigen. Diese Planungen müssen beherzt angegangen werden und es ist technisch auch möglich. Übrigens hatten wir sogar Gespräche mit Investoren, die tatsächlich Möglichkeiten gefunden hatten, die Technik der Magnetschwebebahn vom Flughafen in die Hauptstadt einsetzen zu wollen. Das sind die richtigen Wege, von denen wir mehr hören wollen. Das Bezirksamt unterstützt auch deshalb zusammen mit anderen Berliner Bezir-

ken und den Umlandgemeinden die Neuschreibung eines gemeinsamen Strukturkonzeptes für die Flughafenregion. Ziel ist ein nachhaltiges Mobilitätskonzept für die Region, das in Berlin und Brandenburg in der Bevölkerung und bei den Besuchern auf Akzeptanz stößt. Dieses Thema muss deshalb jetzt neu angegangen werden, weil sich die Zahlen, wer wo wie unterwegs ist rasant entwickeln. Anfang der 2000er Jahre hielten viele die Flughafenplanung noch völlig überdimensioniert, heute wird der Standort für zu klein gehalten. Dieses Mehr an Verkehr darf nicht zum Dauer-Fluch für uns alle werden.

Ihr

Oliver Igel

Allianz zum Schutz des Müggelsees

Freiwillige Vereinbarung zur nichtmotorisierten Sport- und Freizeitnutzung unterzeichnet

Der Landessportbund Berlin e. V. (LSB Berlin) hat im März gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK) und dem Bezirksamt Treptow-Köpenick die „Allianz zum Schutz des Großen Müggelsees“ unterzeichnet.

Durch die Vereinbarung werden Sportausübung, Umwelt- und Naturschutz noch stärker vereint und transparent gestaltet. An die ganzjährige Nutzung des Naturschutzgebietes für Wassersportler und Erholungssuchende, sind klare Regelungen der natur- und

landschaftsverträglichen Nutzung gebunden. Zudem wurde ein stärkerer Austausch zwischen Behörden und organisiertem Sport über den ökologischen Zustand des Müggelsees verabredet. Das Zulassungsverfahren für Regatten und Wettkämpfe wird vereinfacht.

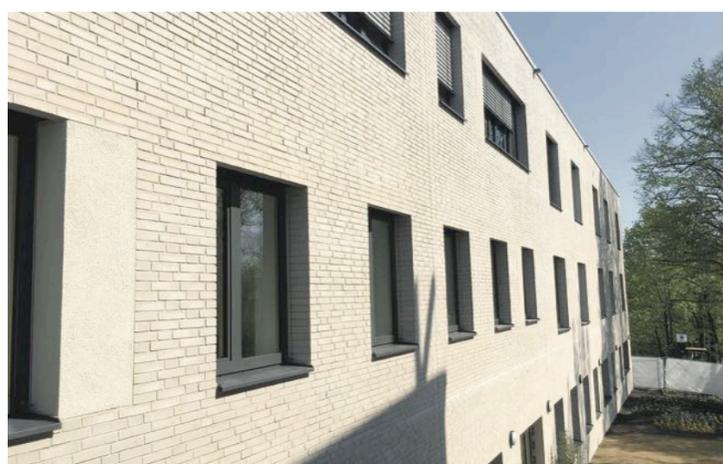
Die Müggelsee-Vereinbarung zum Download:

berlin.de/senuvk/natur_gruen/naturschutz/schutzgebiete/download/nsg/freiwilligevereinbarung_mueggelsee.pdf

Krankenhaus Hedwigshöhe wird größer

Eröffnung des Pavillon D mit Tag der offenen Tür gefeiert

Das Krankenhaus Hedwigshöhe in Bohnsdorf ist mit rund 100 vollstationären Betten und Tagesklinikplätzen auf fünf neuen Stationen erweitert worden. Insgesamt sind fast 14 Mio. Euro aus Eigenmitteln der Alexianer investiert worden. Geschäftsführer Alexander Grafe dankte bei der Eröffnung „allen so konstruktiven Unterstützern auf Seiten des Bezirks – und hier möchte ich stellvertretend für alle unseren Baustadtrat, Herrn Hölmer, benennen.“ „Auf der Grundlage des Bebauungsplanes (XV-37ea-1) konnten wir die Baugenehmigung für den Pavillon D zügig erteilen“, bestätigte der Leiter der Abteilung Bauen, Stadtentwicklung und öffentliche Ordnung, Bezirksstadtrat Rainer Hölmer in seinem anschließenden Grußwort.



Der Pavillon D – der neu eröffnete Erweiterungsbau des Krankenhaus Hedwigshöhe.

Foto: Oliver Igel

„Mit der Erweiterung ist es gelungen, eine ortsbezogene und standortverträgliche Entwicklung des Krankenhausstandortes Hedwigshöhe zu gewährleisten, die Bestandsnutzung zu optimieren und den zusätzlichen Bedarf an einem etablierten Standort zu sichern.“

Ein großes Lob zur Einweihung des neuen Pavillons ging auch an die Mitarbeiter des Krankenhauses. In dem Erweiterungsbau, werden zusätzliche vollstationäre und tagesklinische Bereiche der Klinik für Innere Medizin – Schwerpunkt Geriatrie sowie der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik zur Verfügung stehen, hieß es. Darüber hinaus bietet die psychiatrische Institutsambulanz in den Räumen des „Pavillon D“ erwei-

terte und neue Angebote an.

Mit einem Tag der offenen Tür präsentierte sich das erweiterte Krankenhaus der Bevölkerung. Bezirksbürgermeister Oliver Igel begrüßte die neuen Versorgungsangebote ausdrücklich. „Berlin ist eine wachsende Stadt, in der es immer mehr Bedarf an Gesundheitsdienstleistungen gibt. Umso wichtiger ist es, die Versorgungsleistungen weiterzuentwickeln und jeweils auf dem neuesten medizinischen und technischen Stand anzubieten. Für diese beiden Aspekte – Wachstum und Fortschritt – steht auch das Krankenhaus Hedwigshöhe – ganz aktuell mit dem neuen Erweiterungsbau Pavillon D“, sagte der Bezirksbürgermeister in seiner Ansprache an die Besucher beim Tag der offenen Tür.

Foto: Jan Kopetzky

Sozial. Modern. Fair.

Antworten auf die zehn wichtigsten Fragen zum Solidarischen Grundeinkommen

1

Was ist der Kerngedanke des Solidarischen Grundeinkommens und an wen richtet es sich?

Das Solidarische Grundeinkommen ist ein Arbeitsangebot auf freiwilliger Basis und richtet sich vor allem an Menschen, die mehr als ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Der Kerngedanke ist, von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen eine faire, sinnvolle und gesellschaftlich relevante Beschäftigungsperspektive anzubieten, statt ihre Arbeitslosigkeit in Hartz IV zu verwalten, wie es viel zu oft passiert.

Wer nach einem Jahr ohne Job in den Hartz-IV-Bezug zu rutschen droht, bekäme somit ein Angebot für eine neue Tätigkeit. Wer eine Arbeit nicht aufnehmen will oder kann, bekommt weiterhin die Grundversicherung. Es geht um ein Recht auf Arbeit für die Menschen, die heute und in Zukunft fester Bestandteil der arbeitenden Gesellschaft sein wollen. Das schafft soziale Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung und eröffnet die Chance für eine weitere berufliche Entwicklung.

2

Um welche Art von Arbeit geht es?

Für alle angebotenen Beschäftigungsverhältnisse gilt das Prinzip der Zusätzlichkeit. Sie dürfen keine reguläre Arbeit verdrängen. Es muss sich außerdem um „gesellschaftliche“ Tätigkeiten handeln. Sinnvolle zusätzliche Tätigkeiten finden sich zum Beispiel in der Unterstützung älterer Menschen und Mobilitätseingeschränkter, in der Flüchtlingshilfe, in Vereinen, an Schulen oder für mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum. Die SGE-Beschäftigten können so dauerhaft eine erweiterte Daseinsvorsorge bieten, die den Zusammenhalt stärkt und gleichzeitig Pflegepersonal, Ehrenamtliche, Hausmeister oder Sozialarbeiter entlastet, damit sie mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben haben.

3

Welche Rahmenbedingungen gelten für die Jobs?

Die Arbeit muss sozialversicherungspflichtig sein und in der Regel von kommunalen oder landeseigenen Unternehmen angeboten werden. Die Tätigkeiten sind – abgesehen von den üblichen Probezeiten – unbefristet und auf Vollzeit ausgelegt. Parallel soll – wie bei anderen Beschäftigungsverhältnissen auch – ein umfassendes Angebot für Qualifizierung und Umschulungen angeboten werden. So erhalten die Beschäftigten die Möglichkeit, sich für andere Arbeitsverhältnisse weiterqualifizieren.

4

Wie hoch wird der Verdienst sein?

Der Verdienst wird mindestens der Mindestlohn sein. Daraus ergibt sich bei einer Vollzeitbeschäftigung ein Brutto-Arbeitslohn von mindestens ca. 1.500 Euro.

5

Lohnt sich die Aufnahme einer Beschäftigung im Vergleich zur Grundsicherung?

Die Berechnungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen am Beispiel eines Alleinstehenden sowie einer Alleinerziehenden mit Kindern, dass das verfügbare Einkommen höher ist als ALG II. Bei einem Alleinstehen-

den bei netto 1.190 Euro um gut 230 Euro. Bei einer Alleinerziehenden bei netto 2.190 Euro um gut 330 Euro (Berechnung inklusive ergänzenden Sozialleistungen).

6

Laut OECD könnte ein knappes Fünftel der Arbeitsplätze in den kommenden 15 bis 20 Jahren durch Roboter und Software ersetzt werden. Andere Untersuchungen gehen von weniger aus. Fest steht: Arbeit wird sich verändern. Ist das Solidarische Grundeinkommen die Antwort des Staates auf diese Zeitenwende?

Das Solidarische Grundeinkommen kann keine alleinige Antwort auf die durch die Digitalisierung zusätzlich wegfallenden Arbeitsplätze sein. Aber es kann einen neuen Solidarpakt begründen zwischen der Gesellschaft und den arbeitssuchenden Menschen. Und es kann den Menschen mehr Anerkennung ihrer Lebensleistung und Erwerbsbiografie entgegenbringen und ihnen eine neue Perspektive bieten.

7

Was ist an dem Grundeinkommen solidarisch?

Dem Grundeinkommen liegt ein echtes Arbeitsverhältnis zugrunde. Es gibt einen normalen Arbeitslohn, es werden Sozialabgaben geleistet und man erwirbt Rentenansprüche. Der Mindestlohn bietet somit ein Mindesteinkommen als Lebensgrundlage. Es wird in beiden Rich-

tungen Solidarität geübt: Der Staat ist solidarisch, weil er Menschen unterstützt und ihnen Arbeit gibt, die sie brauchen. Und umgekehrt bringen diese ihre Arbeitskraft ein in Bereichen, die unserer Gemeinschaft zugutekommen.

8

Ist das Konzept finanzierbar?

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat es ausgerechnet und meint ja. Die Grundfinanzierung erfolgt über die jetzt für Hartz IV eingesetzten Gelder. Im Durchschnitt entstehen jährlich zusätzliche Kosten in Höhe von 5.000 Euro je SGE-Stelle für den Staat. Bei 150.000 Geförderten ist mit Kosten in Höhe von 750 Millionen im Jahr zu rechnen. Das ist durchaus leistbar. Schließlich hat die neue Bundesregierung für 150.000 Langzeitarbeitslose vier Milliarden Euro bis 2021 eingestellt. Das DIW hat insgesamt ein Potential von bundesweit 100.000 bis 150.000 Langzeitarbeitslosen als realistische Größe für das SGE ermittelt. Langfristig könne das SGE mit Blick auf die Integration Geflüchteter sowie die Kompensation im Zuge der Digitalisierung und Automatisierung wegbrechender Jobs eine noch größere Rolle spielen.

9

Worin liegt der Unterschied zu früheren ABM-Maßnahmen?

Die bis 2012 angebotenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) unterscheiden sich vom Solidari-

schen Grundeinkommen besonders durch ihre Befristung, die Höhe der Entlohnung und die Zielsetzung der Maßnahme. Die ABM-Maßnahmen wurden in der Regel für eine Dauer von zwölf Monaten gefördert, bei anschließend dauerhafter Beschäftigung im Einzelfall für 24 Monate. Arbeitnehmer ab 55 Jahre konnten bis zu 36 Monaten in der Maßnahme bleiben. Das Solidarische Grundeinkommen ist unbefristet und bietet so die nötige Sicherheit, sich aus dem Job heraus weiterzuentwickeln und auch andere Tätigkeiten zum Beispiel auf dem ersten Arbeitsmarkt anzustreben.

10

Wann wird das Solidarische Grundeinkommen in der Praxis eingeführt?

Die Idee des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller ist als Debattenbeitrag für die Reform von Hartz IV und die Neuordnung des Sozialstaats gedacht. Die Diskussion um die Zukunft von Hartz IV hat durch den Vorschlag an Fahrt aufgenommen. Michael Müller ist nun zur weiteren Konzeption in Gesprächen mit Verbänden, Gewerkschaften und der Bundesregierung. Das Ziel ist die Weiterentwicklung der Idee und Pilotprojekte in Berlin und anderen Städten, um zu zeigen, dass das Solidarische Grundeinkommen für Langzeitarbeitslose eine Alternative zu Hartz IV sein kann.

SB

Weitere Informationen zum Solidarischen Grundeinkommen finden Sie unter www.spd.berlin/sg

KURZ NOTIERT

BALD MEHR ÖFFENTLICHE
TOILETTEN IN BERLIN

Berlin bekommt noch mehr öffentliche Toiletten. Konkret sieht das neue Toilettenkonzept des Senats vor, die Zahl von 257 auf 281 Standorte zu steigern.

Davon sollen insbesondere die Außenbezirke profitieren. Aktuell gibt es in der Stadt 173 Toiletten, die von der Firma Wall betrieben werden. Im November 2017 startete das neue Ausschreibungsverfahren, das im ersten Halbjahr 2018 abgeschlossen werden soll.

Das Land Berlin hat sich zudem mit der Wall GmbH darauf geeinigt, dass diese ihre City-Toiletten ab dem 1. Januar 2019 übergangsweise weiterbetreibt, bis der Aufbau der neuen Toilettenanlagen abgeschlossen ist.

HÖHERES GEHALT
FÜR GRUNDSCHULLEHRER

Nachdem neu eingestellte Grundschullehrer bereits seit knapp einem Jahr brutto 500 Euro mehr erhalten, sollen ab August 2019 auch Kolleginnen und Kollegen mit Berufserfahrung besser bezahlt werden.

Durch die neue Regelung können rund 5.600 Grundschullehrer in die Entgeltgruppe 13 aufsteigen – und dadurch ähnlich viel verdienen wie ihre Kolleginnen und Kollegen an Gymnasien und Sekundarschulen. Bildungsministerin Sandra Scheeres (SPD) erhofft sich von der Gehaltssteigerung, dass Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern nach Berlin kommen. Der höhere Verdienst gelte deshalb auch für Bewerberinnen und Bewerber, die verbeamtet worden sind.

BERLINS BEAMTE
BEKOMMEN MEHR GELD

Die Bezüge der Berliner Landesbeamtinnen und -beamten werden bis 2021 auf das Durchschnittsniveau aller Bundesländer erhöht.



Foto: SPD-Fraktion AGH Berlin

Der rot-rot-grüne Senat hat Mitte Mai auf Vorschlag von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) beschlossen, den Abstand von derzeit noch 4,4 Prozent in vier Schritten abzubauen. Die Lohnanpassungen sind im Juni 2018, im April 2019, im Februar 2020 und im Januar 2021 geplant. Sie sollen sich an den durchschnittlichen Besoldungserhöhungen der übrigen Länder orientieren und diese jeweils um 1,1 Prozentpunkte übertreffen. Die Regelung betrifft 113.800 Beamtinnen und Beamte und Pensionäre.

„Ich nehme die Sorgen der Eltern ernst“



Sandra Scheeres

Foto: Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Familie

Sandra Scheeres, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, im Stadtblatt-Interview über die Kita-Platz-Situation in Berlin

Berliner Stadtblatt: Berlin hat die Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher verdoppelt. Trotzdem können im Moment in Berlin ca. 10.000 Kita-Plätze nicht belegt

werden, u.a. wegen des Fachkräftemangels. Welche Schritte unternimmt die Senatsverwaltung, um Plätze kurzfristig zur Verfügung zu stellen?

Sandra Scheeres: Ich nehme die Sorgen der Eltern sehr ernst. Deshalb ist es mir wichtig, auf vielen Wegen voranzukommen: Wir erhöhen den Anreiz, Plätze anzubieten,

indem wir Prämien für jeden zusätzlichen Platz bezahlen. Zweitens fördern wir die berufsbegleitende Ausbildung, denn nur so bekommen wir kurzfristig mehr Personal an Bord. Zugleich finanziert das Land nun deutlich mehr Stunden für die Anleitung der Quereinsteigenden. Und drittens sind wir im engen Kontakt mit den Kita-Trägern und fragen nach zusätzlichen Plätzen für besonders dringende Fälle.

Was muss noch geschehen?

Wir müssen weiter intensiv den Kita-Ausbau vorantreiben. Es ist uns in den vergangenen Jahren gelungen, 40.000 neue Plätze zu schaffen. Wir werden auch weiterhin alles tun, um mit den steigenden Kinderzahlen Schritt zu halten. Allein für den Kita-Ausbau stehen in den nächsten Jahren rund 200 Millionen Euro bereit. Gleichzeitig müssen wir mehr Menschen für diesen Beruf gewinnen. Ich trete deshalb für Verbesserungen bei der Ausbildung und für eine deutlich höhere Bezahlung der Fachkräfte ein.

Wir haben auch bezirkliche Anregungen aufgenommen, zum Beispiel was die Möglichkeit betrifft, dass die Bezirke Vereinbarungen mit ihren Kita-Eigenbetrieben schließen können.

Wir arbeiten an einem besseren Online-Suchsystem. Außerdem möchte ich, dass die Kitas früher die Verträge mit den Eltern abschließen, damit sich das Wartelisten-Chaos früher lichtet.

Andrea Nahles hat vorgeschlagen, das Schulgeld abzuschaffen und stattdessen eine Ausbildungsvergütung einzuführen. Kann das den Beruf wieder attraktiver zu machen?

In Berlin wurde das Schulgeld bereits 2016 abgeschafft. Der nächste Schritt für uns ist eine vergütete Ausbildung. Gerade ältere Interessenten scheitern oft daran, dass sie sich die Ausbildung so nicht leisten können. Das ist nicht zielführend, weil dringend Fachkräfte benötigt werden. Die Ausbildung wird daher in Berlin zukünftig als Umschulung durch die Arbeitsagentur gefördert.

Was bringt das von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey auf den Weg gebrachte „Gute Kita-Gesetz“ für Berlin?

Eine Idee ist es, die Mittel zu nutzen, um u.a. Erzieherinnen und Erzieher für besondere Qualifikationen oder für die Übernahme von besonderen Aufgaben einen Zuschlag zu zahlen. Die Möglichkeiten sind aber begrenzt. Ein Vergleich: Das Gesetz bringt bis 2021 insgesamt 3,5 Milliarden Euro für alle Bundesländer. Berlin allein gibt derzeit im Jahr rund 1,5 Milliarden Euro für die Kitas aus.

Die Fragen stellte
Christina Bauermeister

Weitere Informationen auf
www.berlin.de/sen/bjf

Berlin: Babyboom-Aktionsprogramm

Senatsverwaltung für Gesundheit mit 10-Punkte-Plan für gute und sichere Geburten

Berlin ist eine wachsende Stadt, in die auch immer mehr junge Menschen ziehen. Für sie ist Berlin der Ort zum Arbeiten und Leben, Lieben und Kinderkriegen. Die Folge: Berlin erlebt einen Babyboom.

Im Jahr 2016 wurden 42.492 Kinder geboren, 2.500 mehr als 2015. Das ist zuallererst eine gute Nachricht, aber durch diesen Babyboom wird es eng – in den Geburtskliniken und bei der Hebammenversorgung.

Im Jahr 2007 waren 706 freiberufliche Hebammen in Berlin registriert, 2016 waren es mit 1.021 schon deutlich mehr. Doch die Zahl der tatsächlich aktiven, freiberuflichen Hebammen ist nur geringfügig angewachsen (mit von 601 auf 693). Das hält mit dem Babyboom in Berlin nicht Schritt.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung hat deshalb im vergangenen Jahr einen Runden Tisch zur Geburtshilfe einberufen. Mehr als 50 Vertreterinnen und Vertreter von Eltern, Geburtskliniken, Hebammen, Krankenkassen, Ausbildungsstätten, Ärzten und Verwaltung haben ein Aktionsprogramm für eine gute und sichere Geburt erarbeitet, das der Senat im März beschlossen hat und zehn Punkte beinhaltet. Dazu gehören der Ausbau der Ausbildungskapazitäten um 130 auf 332 Plätze, die Akademisierung der Hebammenausbildung und die Unterstützung bei Anerkennungsverfahren für Hebammen aus EU- und Drittstaaten. Außerdem werden die Arbeitsbedingungen in den Geburts-



Mit dem zusätzlichen Geld sollen u. a. die Arbeitsbedingungen von Hebammen in den Geburtskliniken verbessert werden. Foto: Adobe Stock/Tyler Olson

kliniken verbessert und aus dem Sonderinvestitionsvermögen SIWANA sechs Geburtskliniken mit insgesamt 20 Millionen Euro für den Ausbau von Kreißsälen unterstützt.

Über den Austausch von Best-Practice-Beispielen soll sich in den Kliniken eine Kultur der Wertschätzung für Hebammen entwickeln. Es muss der Vergangenheit angehören, dass Hebammen beispielsweise auch noch Putzarbeiten erledigen müssen. Mit der Einführung des digitalen Bettennachweises IVENA werden sie zudem in den Kliniken von sachfremden Tätigkeiten entlastet, weil sie dann nicht mehr mühsam Kliniken abtelefonieren müssen, um einen freien Entbindungsort zu finden. Zudem entwickelt der Hebammenverband eine

Vermittlungsplattform im Internet, die werdende Eltern und Hebammen effizienter und schneller zusammenzubringen soll.

So wurde in kurzer Zeit ein ganzes Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht – und das nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg, sondern in einem gemeinsamen Diskurs. Das Aktionsprogramm wird nun Punkt für Punkt abgearbeitet. Im Herbst wird der Runde Tisch erneut tagen.

Dilek Kolat,
Senatorin für Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung

Weitere Informationen auf
www.berlin.de/sen/gesundheits

Kompakt: 10 Punkte
des Aktionsprogramm
für eine gute und
sichere Geburt in Berlin:

1. Mehr Hebammen ausbilden
2. 20 Millionen Euro für neue Kreißsäle
3. Bessere Arbeitsbedingungen für Hebammen schaffen
4. Akademische Ausbildung der Hebammen fördern
5. Anerkennung ausländischer Hebammen unterstützen
6. Online-Vermittlungsplattform für Hebammen entwickeln
7. Kreißsaalkapazitäten transparent darstellen
8. Bettenzahl bedarfsgerecht erhöhen
9. Sensibel und situationsgerecht mit Schwangeren kommunizieren
10. Aktionsprogramm Geburtshilfe aktiv umsetzen und kontrollieren

Dem Code des Lebens auf der Spur

Renommierte Virologin Karin Mölling mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet

Von wem stammen wir ab? Für Karin Mölling ist die Antwort klar: Von Viren. Nach dem Urknall begann alles Leben mit Ribonukleinsäuren, einer Art von Viren. Ohne Viren kein Leben, und die meisten Viren sind „gute“ Viren. „Supermacht des Lebens“ heißt das Buch, in dem die Berliner Professorin verständlich die Welt der Viren beschreibt und die Angst vor ihnen nimmt.

„Frau Professor Mölling ist in ihrem Engagement als Forscherin und Gelehrte eine vorbildliche Persönlichkeit von internationalem Ansehen. Sie hat sich verdient gemacht um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin,“ sagte der Regierende Bürgermeister Michael Müller, der gleichzeitig Wissenschaftssenator ist, als er der wohl wichtigsten Frau auf dem Gebiet der Virologie vor kurzem das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse überreichte. Übrigens: Das Wort „Virus“ kommt vom lateinischen „vir“ – der Mann. Karin Mölling hat sich trotzdem in einer Männerdomäne durchgesetzt.

Mölling forschte am Robert-Koch-Institut und ist immer noch am Dahlemer Max-Planck-Institut für molekulare Genetik tätig. Als Nicht-Medizinerin wurde sie Honorarprofessorin an der Charité, und das vor allem aus einem Grund: Schon bald, als mit HIV ein neuer Virus grassierte und die Angst vor Aids wuchs, forschte sie in Berlin



Ein Leben zwischen Mikroskop und Orgelkonzert: Katrin Mölling wurde von Michael Müller mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Foto: Senatspressestelle/Thomas Platow

und an der Universität Zürich am dem Thema und konnte entscheidend dazu beitragen, dass das erste wirksame Medikament entwickelt wurde, mit dem auch HIV-Infizierte ein normales Lebensalter erreichen können.

Gerade erst ist die gebürtige Dithmarscherin 75 Jahre alt geworden. Im Moment arbeitet sie mit den Raumfahrtforschern in Adlershof zusammen. Denn die Frage, welche Viren die Astronauten mitnehmen und mitbringen, ist nicht unwichtig.

Die Virologie eröffnet noch weitere Perspektiven: „Gute“ Viren könnten in Zukunft bei der Krebsbekämpfung eine Rolle spielen und bei bakteriellen Infektionen Antibiotika ersetzen. Beteiligt ist sie auch an einem weltweiten Projekt, das derzeit die Wissenschaft bewegt: Den „Code des Lebens“ zu entdecken.

Aber auch das würdigte Michael Müller. „Ihre humane Orientierung spiegelt sich auch in ihrem Bemühen, komplexe wissenschaftliche Sachverhalte dem breiten Publikum

zu vermitteln.“ Denn genauso wichtig wie die Forschung ist ihr, in Vorträgen das Wissen nicht nur an Studierende, sondern an ein breites Publikum weiterzugeben. Ihr Buch ist für jeden verständlich.

Aber man kann Karin Mölling auch ganz anders erleben: Fast jeden Sonntag sitzt sie in der Dorfkirche in Dahlem nach dem Gottesdienst an der Orgel und gibt ein Gratis-Konzert. Mölling ist auch voll ausgebildete Organistin.

Ulrich Rosenbaum

KURZ NOTIERT

BERLIN SOLL ZU TOP-ADRESSE DER MEDIZIN-FORSCHUNG WERDEN

Die unabhängige Zukunftskommission „Gesundheitsstadt Berlin 2030“ soll ein Konzept erarbeiten, um die Hauptstadt zur „europäischen Top-Adresse in der medizinischen Forschung und Versorgung“ zu entwickeln, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) bei der Vorstellung des Gremiums Mitte Mai.

Der Kommission gehören elf Expertinnen und Experten an. Vorsitzender ist der Mediziner und SPD-Gesundheitspolitiker Dr. Karl Lauterbach.

Bis Januar 2019 will das Gremium der Politik Handlungsempfehlungen vorlegen. Schon wegen der steigenden Lebenserwartung, aber auch wegen des Zuzuges in Großstädte stünden Wissenschaft und Versorgung vor enormen Herausforderungen, erläuterte Karl Lauterbach. „Gleichzeitig entwickeln sich neue Verfahren wie die personalisierte Medizin, die eine bessere Zusammenarbeit von Kliniken, Forschern und Pflegepersonal notwendig machen. Und an keinem deutschen Standort sind die Potenziale, diesen Anforderungen zu begegnen, größer als in Berlin“, so Karl Lauterbach weiter.

SB

„Sexy, aber nicht mehr so arm“

Das neue Buch des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit

Dreizehneinhalb Jahre hat er die Stadt regiert. Jahre, in denen sich Berlin rasant verändert hat. Aus der behäbigen Stadt, die über ihre Verhältnisse lebte, wurde eine moderne und lebendige Metropole, die internationale Strahlkraft entwickelte. Nicht zuletzt, weil ihr Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit dafür sorgte. In seinem neuen Buch erzählt er jetzt von den Veränderungen der Stadt und von den Möglichkeiten der Politik, Einfluss zu nehmen.

Klaus Wowereit, der der Stadt einst den Stempel „Arm, aber sexy“ aufdrückte, erklärt schon im Buchtitel, wie er die Stadt heute sieht: „Sexy, aber nicht mehr so arm“. Drei Jahre liegt sein selbstgewählter Rücktritt zurück, mit seinem Buch will er jetzt erklärtermaßen die Stadt ins richtige Licht rücken, nicht seine Amtszeit. Sachlich, abwägend und argumentativ ist seine Bestandsaufnahme, untermauert mit vielen Zahlen und Fakten.

Dazu gehört auch ein kurzer Blick auf die Mechanismen von Politik, auf eine schnelllebige Medienwelt, auf den Wert von Vertrauen. Vieles funktioniert entgegen gängigen Vorurteilen gut, sowohl in der Verwaltung als auch in der Politik, deren Aufgabe die Abwägung vieler unterschiedlicher Einzelinteressen ist. „Keine kluge Entscheidung“ sei es allerdings gewesen, das Durchgriffsrecht des Senats gegenüber den Bezirken abzuschaffen, so Wowereit. Und er plädiert für „politische Bezirksämter“, in denen sich Mehrheiten spiegeln, statt alle Parteien zu beteiligen.



Klaus Wowereit,
Sexy, aber nicht mehr
so arm: mein Berlin,
Mai 2018, geb., 256 Seiten,
ISBN-13: 978-3841905109,
19,95 Euro

**Fünf Exemplare des Buchs
verlosen wir unter den richtigen
Einsendungen zu unserem
Preisrätsels auf Seite 6.**

Kurz streift Klaus Wowereit noch einmal seine erste Wahl zum Regierenden Bürgermeister 2001, sein Outing („Ich bin schwul, und das ist auch gut so“), das Umsteuern in der Finanzpolitik, ohne die es heute keine Spielräume für Investitionen gäbe. Viel mehr Raum nimmt er sich, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt zu beschreiben und die Ursachen zu er-

gründen. Die alte Industrie war aus der geteilten Stadt abgewandert, heute haben sich neue, kleinteilige, zukunftsorientierte Firmen angesiedelt. Die Stadt bot die Räume dazu. Kultur hat für Klaus Wowereit als ehemaligem Kultursenator einen besonderen Stellenwert. Ihre Vielfältigkeit ist auch durch ihn gesichert worden.

Viele Probleme Berlins seien exemplarisch für Metropolen, betont Wowereit. Städte unterliegen ständigen Veränderungen. Verdrängungsprozesse müssten dabei gebremst werden – soweit politisch möglich – etwa mit dem Bau günstiger Studentenwohnungen und von preiswertem Wohnraum für Rentnerinnen und Rentner. Wowereit: „Jede Berufsgruppe, deren Leistungen die Bewohner einer Stadt in Anspruch nehmen möchten, muss sich das Leben in dieser Stadt leisten können.“ Zukunftsthemen sind für ihn die Mobilität in einer wachsenden Stadt oder die Entwicklung einer Smart-City, in der behördliche Dienstleistungen über das Internet einfach und sicher zu erledigen sind. Aber auch die Vergangenheit wird nicht gänzlich ausgespart: In einem Kapitel erläutert Wowereit knapp und präzise, warum der Flughafen BER nicht wie geplant eröffnet wurde. Ein Makel seiner Amtszeit, der ihn bis heute schmerze.

Ratschläge möchte er eigentlich nicht geben. Seiner Partei, der SPD, aber empfiehlt er, erkennbar zu klären, wo sie inhaltlich steht. Er setzt dabei auf den Schwung der Neumitglieder und der Jusos.

Ulrich Horb

68 in vier Vitrinen

50 Jahre nach dem Attentat auf Rudi Dutschke

Die Kugeln, die Rudi Dutschke am 11. April 1968 trafen, und andere Zeitdokumente stellt die Polizeihistorische Sammlung Berlin erstmals aus.

Es ist gegen 19 Uhr an jenem Tag, als der Sozialistische Demokratische Studentenbund (SDS) auf dem Ku'damm das erste Flugblatt zum Attentat auf ihren Wortführer verteilt. „Heute Nachmittag wurde der Genosse Rudi Dutschke durch den Anschlag eines aufgehetzten Jugendlichen mit drei Pistolenschüssen ermordet“. Das Verbrechen sei die Konsequenz einer systematischen Hetze des Springerkonzerns und des Senats gegen die demokratischen Kräfte in dieser Stadt.

Es ist ein bemerkenswertes Zeitdokument, dass sich in einer von vier unscheinbaren Vitrinen über Dutschke und die 68er in einem hinteren Raum der Polizeihistorischen Sammlung befindet. Das vergilbte Blatt Papier zeugt von der Frontstellung zwischen Staat und Gesellschaft und einer Welt, die aus den Fugen geratet ist.

In der vordersten Vitrine sind erstmals die Kugeln zu sehen, die der 23-jährige Neonazi Josef Bachmann am Nachmittag des 11. April auf den 28-jährigen Dutschke abfeuerte. Ein Blei-Projektil traf Rudi Dutschkes Kopf (es trägt die Notiz: verformt), ein zweites die Wange und ein drittes die Schulter. Die vierte ausgestellte Kugel wurde am Tatort gefunden. Im Krankenhaus retteten die Ärzte Dutschkes Leben. 1979 starb er an den Spätfolgen des Attentats. Bachmann wurde wegen versuchten Mordes zu sieben Jahren

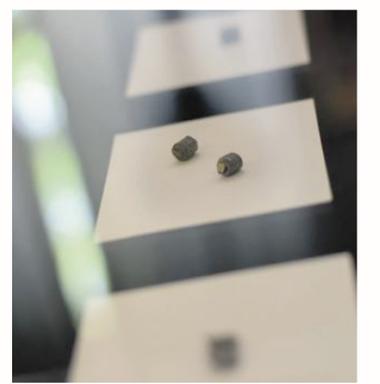


Foto: C. Bauermeister

Gefängnis verurteilt. 1970 begann er im Gefängnis Selbstmord.

In der zweiten Vitrine sieht man Fotos der Mordwaffe, des Tatorts, des Täters Bachmann. Ein Foto von Dutschke fehlt. Die Verantwortung der Polizei, die das Attentat nicht verhindern konnte und teils gewaltsam gegen die Demonstranten vorgeht, wird in der Ausstellung nicht thematisiert. Die Gesellschaft sei „auf dem rechten Auge blind“ gewesen, sagt Sammlungsleiter Jens Dobler. „Aber die Polizei hat verstanden, dass sie mit einer preußischen Haudrauf-Mentalität nicht weiterkommen“. C. Bauermeister

**Bis zum 20. Juli in der Polizeihistorischen Sammlung Berlin,
Platz der Luftbrücke 6**

Mo. bis Mi., 9.00 bis 15.00 Uhr
Eintritt: 2 Euro, ermäßigt 1 Euro,
Kinder bis 12 Jahre frei
Die Vorlage eines Ausweises
ist erforderlich.

Gut zu wissen!

Gemeinnützige Institutionen bieten in Berlin auch Fahrrad-Reparaturen an

Das Glitzern auf der Fahrradspur erkenne ich noch im Augenwinkel. Doch die Zeit ist zu knapp, um noch zu bremsen. Und zack, rollt das Rad auch schon über die Glasscherben auf dem Asphalt. Erst tut sich nichts, dann ist ein leichtes Pfeifen zu hören, kurz darauf vernehme ich einen höhnischen Kommentar von einem Autofahrer, der im Stau steht: „Wer sein Fahrrad liebt, der schiebt!“

Ein Hinterrad zu flicken, mit all dem eingebauten Bremsen- und Schaltungsgewusel, ist nicht jedermanns Sache. Eine Werkstatt wäre jetzt hilfreich. In Berlin gibt es eine Kombination aus Verkaufsläden und Fahrradwerkstätten an jeder Ecke. Hinzu kommt eine Reihe von kleinen Reparatur-Läden, die von gemeinnützigen Trägern eingerichtet wurden. Das können große, traditionsreiche Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt, das Deutsche Rote Kreuz, die Caritas oder die Diakonie sein – aber auch kleinere gemeinnützige Vereine und Stiftungen, die nicht gewinnorientiert sind.

Dazu gehören etwa die knapp 20 Werkstätten für behinderte Menschen, die hier für ihre berufliche (Wieder-)Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt fit gemacht werden.

Dafür scheinen Reparatur- und Wartungsarbeiten von Fahrrädern gut geeignet zu sein, wie das Beispiel der Werkstatt der Vereinigung für Jugendhilfe Berlin (VfJ) in Berlin-



In der VfJ-Werkstätte in Adlershof arbeiten Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen zusammen mit gelernten Fachkräften im Berufsfeld Zweiradmechanik und Fahrradtechnik. Die Werkstatt befindet sich gerade im Aufbau und wird voraussichtlich Mitte Juni offiziell eröffnen.

Foto: VfJ/Michael Wendel

Adlershof zeigt. Hier ist man gerade dabei, eine Fahrradreparatur in einem hellen Werkstatttraum und mitten im gewohnten Arbeitsbetrieb neu einzurichten.

Wie überall wird auch dort das defekte Kundenrad in einen Haken gehängt, damit man alle Stellen am Rad gut erreicht. Mit Profiwerkzeug wird geschraubt, flugs sind Rad und Reifen abgenommen und die Routinearbeit kann beginnen. Flicker? „Alles neu und möglichst unplat-

bar“, verlange ich. Mantel und Reifen werden komplett ersetzt, dann geht es an die Wartung des Rads. Licht? Bremsen? Schaltung? Kette ok?

Das Prüfen des Materials, das Ausbessern, Montieren und Ersetzen von Rädern oder anderen Teilen sind die Standard-Dienstleistungen der gemeinnützigen Berliner Fahrradwerkstätten.

Ulrich Schulte Döinghaus

Einige der Werkstätten sind hier beispielhaft aufgelistet:

VfJ Werkstätten GmbH · Standort Adlershof: Otto-Franke-Straße 83, 12489 Berlin, Tel. 030 67798372, Mo bis Do 7.30 bis 15 Uhr, Fr 7.30 bis 13 Uhr / Standort Neukölln: Bergiusstraße 40, 12057 Berlin, Tel. 030 322 952 457, Mo bis Do 7.30 bis 15 Uhr, Fr 7.30 bis 13 Uhr / Standort Charlottenburg-Wilmersdorf: Wilmersdorfer Str. 155, 10585 Berlin, Tel. 030 747 63 747, Mo bis Fr 10 bis 12.30 und 13 bis 18 Uhr, Sa 10 bis 14 Uhr, www.vfj-berlin.de

FSD Lwerk Berlin Brandenburg gGmbH · Standard Lankwitz: Kamenzer Damm 1, 12249 Berlin, Tel. 030 76 69 06 41 / Standort Hohenschönhausen: Gärtnerstr. 14, 13055 Berlin Tel. 030 98 19 60 41 / Standort: Wilmersdorf: Wilhelms- aue 36-38, 10713 Berlin, Telefon 030 31 98 02 11, www.lwerk-berlin.de/dienstleistungen/fahrradladen-und-werkstatt/

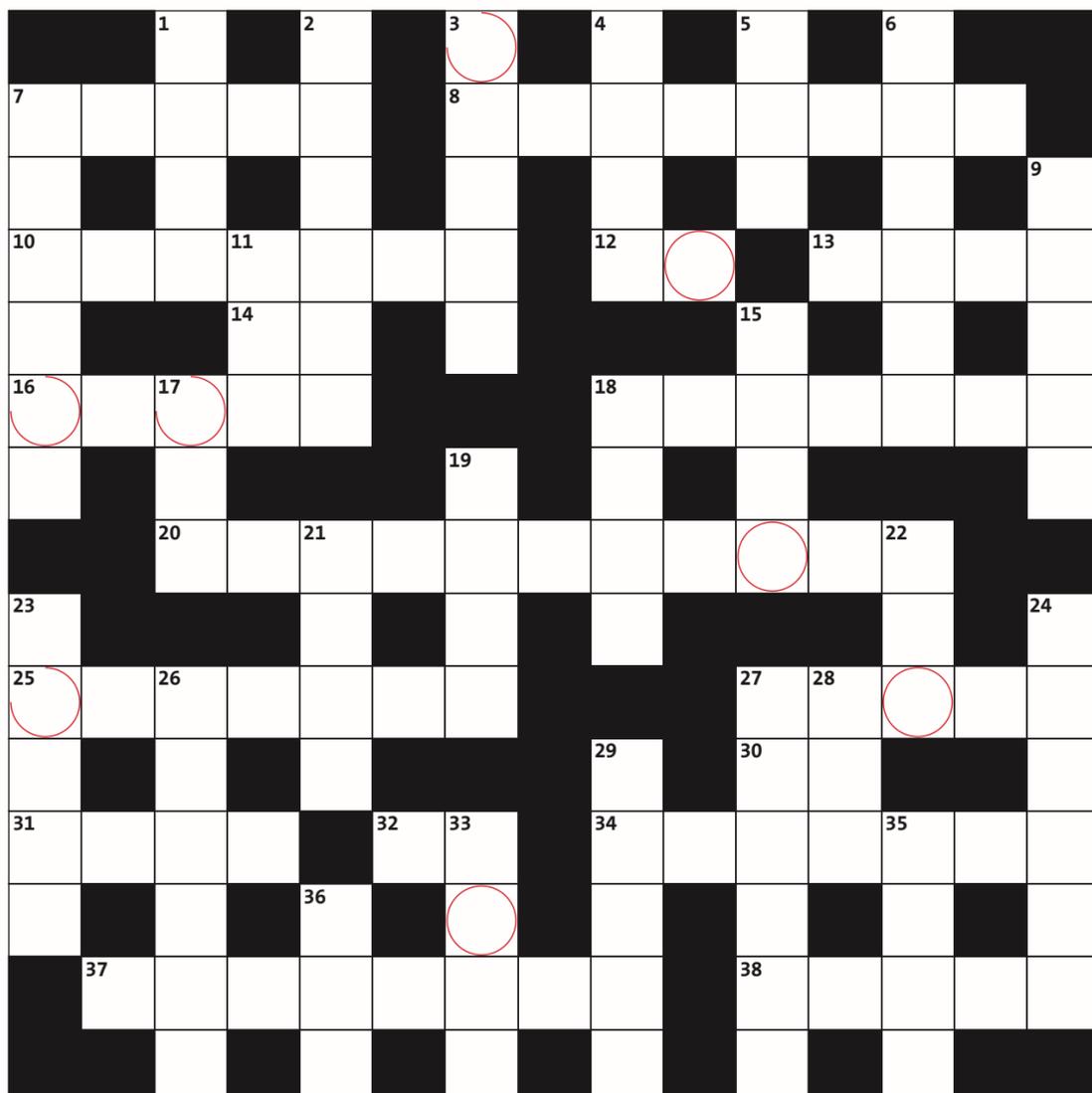
Die Fahrradwerkstatt der gemeinnützigen Initiative „Der Steg“ ist ein Beschäftigungsprojekt für psychisch beeinträchtigte Menschen und versteht sich als professioneller Dienstleister rund ums Fahrrad. Hier werden auch gespendete Fahrräder wieder in die Gänge gebracht,

außerdem werden hier auch die Dienstfahrräder des Deutschen Bundestages regelmäßig gewartet. Alt-Reinickendorf 29, 13407 Berlin, Tel. 030 4985769-0, www.dersteg.de

Die **Fahrradwerkstatt der Justizvollzugsanstalt Tegel (JVA)** beschreibt sich selbst im Internet als arbeitstherapeutische Werkstatt für den Vollzug der Sicherungsverwahrung unter der Regie des gemeinnützigen Trägers Helmut-Ziegner-Stiftung. Die Werkstatt bietet allen Kunden einen Reparatur- und Pflegeservice zu günstigen Preisen. Die defekten Fahrräder können im JVA-Shop abgegeben und dort auch repariert wieder abgeholt werden. Für jeden Auftrag wird, je nach Aufwand, ein Gemeinkostenanteil von 5 bis 20 Euro berechnet. Seidelstraße 41, 13507 Berlin, Tel. 030 90 14 71 35-0, www.universalstiftung.de

Die **Fahrradwerkstatt der Albatros gGmbH** ist in Berlin-Lichtenberg zu finden. Dort sind in einem Arbeits- und Beschäftigungsprojekt psychisch beeinträchtigte Erwachsene am Werk, um unter fachkundiger Anleitung handwerklich anspruchsvolle Reparaturarbeiten auszuführen. Dönhoffstraße 36a, 10318 Berlin, Telefon 030 98 31 30 01, www.albatros-gmbh.de

BERLINER PREISRÄTSEL



WAAGERECHT

Umlaute = 1 Buchstabe

- 7 akustische Aufmerksamkeit
- 8 Sommerliche Pflichtbekleidung
- 10 große Ansammlung von Sternen
- 12 männliches Fürwort
- 13 Schwimmkörper für Rettung und Signal
- 14 Autokennzeichen für Minden-Lübbecke
- 16 Begrenzung (engl.)
- 18 Dickhäuter
- 20 Schatten beugt am besten vor
- 25 Bequemlichkeit
- 27 Provinzhauptstadt im Jemen
- 30 ... oder dor
- 31 Filmproduktionsfirma
- 32 ... und?
- 34 Krebstier
- 37 öffentlich dargelegtes Programm
- 38 Spionagethriller von Alfred Hitchcock

SENKRECHT

Umlaute = 1 Buchstabe

- 1 Ortsteil von Tuntenhausen
- 2 Bye, bye Britain!
- 3 Gewicht verloren (Abk.)
- 4 Geistesblitz
- 5 Israelische Maschinenpistole
- 6 2019 wird das Parlament gewählt
- 7 Eintänzer
- 9 Wer die Enge kennt, sehnt sich nach ...
- 11 Freund (frzs.), Besatzer
- 15 Kein Hinweis
- 17 Brei
- 18 Nutznießer eines Testaments
- 19 Bedeutung, Geltung
- 21 kaltes Kunstlicht
- 22 Personalpronomen 2. Person Singular Dativ
- 23 Unternehmensanteil

- 24 Weggefährte von Karl Marx
- 26 math. Grenze zwischen zwei gleich großen Hälften
- 27 hübsch & nett
- 28 Fahrzeug- und Maschinenbaukonzern
- 29 schmeckt nicht!
- 33 Vorname eines legendären Zeitungsverlegers
- 35 angeblich zittert ihr Laub
- 36 Berliner Forschungsinstitut für angewandte Mathematik (Abk.)

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben den **Vor- und Zunamen (ohne Leerzeichen) eines berühmten deutschen Philosophen, der vor 200 Jahren geboren wurde und unter anderem in Berlin studierte.**

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis **22. Juni 2018** per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstr. 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
raetsel@berliner-stadtblatt.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir **fünf Exemplare des neuen Buchs von Klaus Wowereit „Sexy, aber nicht mehr so arm: mein Berlin“**. Mehr über das Buch finden Sie auf Seite 5.

Das Lösungswort aus der letzten Ausgabe war: **STERNENSTAUB**. Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

ZU GEWINNEN SIND 5 EXEMPLARE DES NEUEN BUCHS VON
KLAUS WOWEREIT »SEXY, ABER NICHT MEHR SO ARM: MEIN BERLIN«

100 Jahre Frauenwahlrecht

Das ist und war ein Grund zu feiern!

Auf Einladung der SPD-Fraktion gingen am 15. April 2018 knapp 100 Frauen und solidarische Männer mit uns an Bord. Gemeinsam mit Engagierten, Aktiven aus der Frauenarbeit, aus Gewerkschaften, Unternehmen, Verbänden und Initiativen sind Bezirksbürgermeister Oliver Igel, Gleichstellungsbeauftragte Anke Armbrust und die Mitglieder der SPD-Fraktion Ellen Haußdörfer und Ana-Maria Trăsnea über erkämpfte Errungenschaften und aktuelle gleichstellungspolitische Herausforderungen der nächsten Jahre ins Gespräch gekommen.

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland – was fällt spontan für Schlagwörter ein? Sufragetten, aktives und passives Wahlrecht, Frauenrechtlerin Hedwig Dohm, Marie Juchacz, 37 Frauen im Parlament, verfassungsgebende Nationalversammlung 1919.

Mag es heute selbstverständlich erscheinen, dass Frauen wählen gehen und gewählt werden können, so heißt dies nicht, dass wir in einer gleichgestellten, geschlechtergerechten Gesellschaft leben. Denn wie die Zusammensetzung des gegenwärtigen Bundestages zeigt, wurde eine jahrelange progressive Entwicklung unterbrochen. So sind nur noch 30,7% der Sitze im Bundsparlament durch Frauen besetzt. Angesichts der zunehmenden rechts-konservativen Kräfte mit ihrem rückwärtsgewandten Frauenbild gilt es Erreichtes zu verteidigen.



Die bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte Anke Armbrust sprach über ihre Arbeit. Foto: SPD-Fraktion Treptow Köpenick, Beate Laudzin

Die gegenwärtige Frauenpolitik stellt Politik und Verwaltung auf allen Ebenen vor erheblichen Herausforderungen. Denn es gibt immer noch eine geschlechterspezifische Lohnlücke von knapp 21% und somit sind Frauen von der Altersarmut deutlich häufiger bedroht, auch weil sie unbezahlte und nicht anerkannte Sorge- oder Pflegearbeit geleistet haben oder leisten. Frauen kommen signifikant seltener in Führungspositionen als Männer, obwohl sie die selbe Qualifikation aufweisen. Alleinerziehende, wovon über 90 %

Frauen sind, kämpfen mit zwei oder mehreren Jobs, um ihren Kindern die Teilnahme an Klassenfahrten, Sport oder Musikunterricht zu ermöglichen. Wir glauben, dass diese Herausforderungen sozialdemokratische Antworten brauchen.

In unserem Bezirk heißt gute Gleichstellungspolitik, dass Frauen sich auf einer schnellen Bearbeitung und vorausschauenden Auszahlung des Unterhaltsvorschusses durch das Jugendamt verlassen können. Es heißt, dass sie im Falle von Gewalterfahrungen, sich vertrauensvoll an

die Anti-Gewalt Beratungsstelle im Bezirk wenden und Rückhalt sowie Unterstützung finden können. Es heißt, dass wir Mädchen und Frauen ein Angebot an Projekten anbieten, das ihren Bedürfnissen entspricht und altersgerecht ist. Ebenso heißt es, Engagement von Mädchen zu würdigen, wie es beispielsweise mit dem Mädchenpreis von Treptow-Köpenick geschieht. Darüber hinaus ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentraler Baustein, welche wir aktiv unterstützen, nicht zuletzt bei dem jährlichen Preis für

das familienfreundlichste Unternehmen im Bezirk.

Moderne Gleichstellungspolitik heißt für uns nicht zuletzt, dass wir, Frauen und Männer gemeinsam, an einer geschlechtergerechten Gesellschaft arbeiten. Denn von der Gleichstellung der Geschlechter profitieren alle.

HINTERGRUND ZUM JUBILÄUM
Am 30. November 1918 wurde das uneingeschränkte Wahlrecht für Frauen mit der „Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung“ proklamiert und Frauen konnten am 19. Januar 1919 erstmals auf nationaler Ebene ihr Wahlrecht nutzen und bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung auch selbst gewählt werden.

So wurde z.B. Marie Juchacz in die Deutsche Nationalversammlung gewählt, die 1919 die Arbeiterwohlfahrt in Berlin gegründet hat.

Auch in Treptow-Köpenick haben Frauen lange Zeit für das uneingeschränkte Wahlrecht gekämpft. Wir halten es für wichtig, die Geschichten dieser Vorkämpferinnen zu erforschen und angemessen zu würdigen. Deshalb brachten wir eine Initiative in der BVV ein, die das Bezirksamt mit einer Untersuchung entsprechender Beiträge von Frauen und Männern beauftragt. Im Rahmen der Jubilarveranstaltung im zweiten Halbjahr 2018 können möglicherweise bereits erste Ergebnisse vorgestellt werden.

Tag der Städtebauförderung Schulbau geht weiter voran

in Treptow-Köpenick

Am 5. Mai fand der bundesweite Tag der Städtebauförderung auch in Treptow-Köpenick statt. An diesem Tag zeigen Veranstaltungen, wie die Programme der Städtebauförderung die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger steigern und man sich in die Entwicklung des Kiezes einbringen kann. Neben den Einsatzstellen des Aktiven Zentrums Adlershof und der Mittelpunktbibliothek Alte Feuerwache konnte das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Niederschöneweide besucht werden.

In Altglienicke öffnete Cabuwazi seine Türen und der Bolzplatz im Kosmosviertel, der im Rahmen des

QM-Gebietes neu gestaltet werden soll, wurde mit einem Baustellenfest spielerisch wieder eröffnet. Gerade für Altglienicke als „jüngsten Ortsteil“ im Bezirk sind saubere und sichere Spiel-, Sport- und Freizeitächen besonders wichtig.

Ellen Haußdörfer, Ansprechpartnerin für die Soziale Stadt: „Ich finde ich es toll, wenn Menschen ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten und so für sich und ihren Kiez Großartiges leisten. Erfolgreiche Stadtentwicklung kann nur mit den Menschen vor Ort gelingen und die Vielzahl an Projekten zeigt die Vielfalt der Sozialen Stadt im Bezirk.“

Mit der Fertigstellung des Modularen Ergänzungsbau (MEB) an der Schule am Buntzelberg in Bohnsdorf wird ein weiterer Bestandteil des Schulbaues in Treptow-Köpenick vor der Sommerpause fertig. Der rote MEB bietet Platz für 24 Unterrichtsräume und Nebenräume und wurde innerhalb eines Jahres fertig gestellt. 3,3 Millionen Euro stellte das Land Berlin im Jahr 2016 zur Verfügung. Ellen Haußdörfer, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der BVV bestätigt: „Die Grundschulen in Treptow-Köpenick sind sehr gut nachgefragt, und bieten eine sehr gute Schul- und Betreuungsqualität.

Obwohl die Zahlen der Schülerinnen und Schüler stetig steigen, ist es dem Bezirk bisher sehr gut gelungen, alle Schülerinnen und Schüler zu versorgen - als einziger Bezirk in Berlin kam es zu keinen Klagen im Grundschulbereich.“ Damit dies so bleibt, empfehlen wir, dass auch in diesem Jahr vor dem Ende der Anmeldefrist für die Grundschulen, Informationsveranstaltungen vor Ort durchgeführt werden. Die SPD-Fraktion legt weiterhin ihren Schwerpunkt auf den zügigen Schulbau und die Unterstützung der Fachkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler vor Ort.



Der MEB an der Schule am Buntzelberg in Bohnsdorf.

Foto: Ellen Haußdörfer

Vorplatz des S-Bahnhofs Friedrichshagen...

...barrierefrei neu gestalten!

Die BVV Treptow-Köpenick hat auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, den Vorplatz des S-Bhf. Friedrichshagen zwischen Bahnfläche und Fürstenwalder Damm barrierefrei neu zu gestalten und dies insbesondere bei der Ausstattung mit Bänken zu berücksichtigen.

Hintergrund ist das langsam konkretere Formen annehmende Vorhaben des Bezirksamtes, den Vorplatz am S-Bhf. Friedrichshagen neu zu gestalten und mit Pflaster, Platten, Hochbeton, Bäumen und Bänken zu versehen.

Denn bereits seit der am 3. Mai 2008 in Kraft getretenen UN-Be-



Der S-Bhf. Friedrichshagen wird umfangreich saniert.

Foto: SPD-Fraktion Treptow-Köpenick

hindertenrechtskonvention gilt: „Um Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, (...) zu gewährleisten“ (Artikel 9 Absatz 1). Bezogen auf das Verwaltungshandeln des Bezirkes folgt daraus, dass bei der Gestaltung öffentlicher Plätze bereits bei der Planung und Ausschreibung geprüft werden sollte, wie Barrierefreiheit gewährleistet werden kann. Das heißt, die

beauftragten Bänke müssten wenigstens teilweise barrierefrei gebaut sein, damit auch Menschen mit Behinderungen sie benutzen können. Bei Querungen für Fußgänger sollte darüber hinaus darauf geachtet werden, dass, falls ein Fahrradweg kreuzt, zuvor eine Blindenleitführung eingesetzt wird. Auch sollten Plätze mit einem Blindenleitsystem ausgestattet werden. Informationstafeln und Wegweiser sollten mit Brailleschrift versehen werden. Bei Baumpflanzungen ist es wichtig, dass die Fläche zwischen Platz und Beet, wo ein Baum steht, nicht zur Unfallquelle zum Beispiel für Rollstuhlfahrer wird.

IMPRESSUM

Aus der BVV-Fraktion Treptow-Köpenick
(Seiten 7, 8)

Herausgeber:
SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
Fraktionsvorsitzender Alexander Freier-Winterwerb (v.i.S.d.P.)
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Kontakt:
buero@spd-fraktion-tk.de
www.spd-fraktion-tk.de

Redaktion:
Alexander Freier-Winterwerb,
Oliver Igel, Ellen Haußdörfer,
Marc Oliver Ram, André Rostalski,
Ana-Maria Trăsnea, Manuel Tyx

**VOLKSHOCHSCHULE
UND REGATTATRIEBÜNE
SANIEREN**

Zwei wichtige Bauprojekte für den Bezirk haben in der Finanzierung weitere Hürden genommen. Treptow-Köpenick hat die Möglichkeit erhalten für das Sonderinvestitionsprogramm des Landes SIWANA IV Projekte in einem Umfang von 4,3 Mio. Euro zu beantragen. „Mit Hilfe dieser Mittel wollen wir die Volkshochschule in Baumschulenweg und die Regattatribüne in Grünau sanieren. Es sind zwei für den Bezirk wichtige Projekte, die schon lange geplant, aber nicht ausfinanziert waren. Ich hoffe, dass Senat und Abgeordnetenhaus den Anträgen aus unserem Bezirk zustimmt. Wir können und wollen dann auch bald loslegen“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

Die Beauftragte für Kultur und Medien hat für die denkmalgerechte Sanierung der Gesamtanlage Fördermittel in Höhe von 2,618 Mio. Euro in Aussicht gestellt. Das Gesamtensemble wird einerseits von der evangelischen Kirche und andererseits von der Volkshochschule des Bezirks Treptow-Köpenick genutzt. In Folge dessen erhält der Bezirk für den durch die Volkshochschule genutzten Gebäudeteil 50 Prozent der Gesamtfördersumme und ist verpflichtet die gleiche Summe als Ko-Finanzierung bereitzustellen und für Mehrkosten selbst aufzukommen.

Nach Zusage der Mittel muss ein Planer ausgeschrieben werden. Danach kann die Bauplanungsunterlage erarbeitet werden, die dann Anfang 2019 fertiggestellt sein soll. Diese Unterlage prüft der Bund und erteilt erst danach die Fördermittelzusage. Es wird davon ausgegangen, dass die Baumaßnahme noch 2019 beginnen kann und 2020 abgeschlossen wird.

Als zweite Maßnahme wurden 2 Mio. Euro für die Regattatribüne angemeldet. Damit soll der Bauabschnitt aus denkmalgerechter Fassadensanierung und Ausbau der Flächen für den Bürgerverein Grünau einschließlich Café und Mehrzweckraum umgesetzt werden können. „Mit beiden Maßnahmen widmen wir uns als Bezirk erneut der bestehenden historischen Gebäudesubstanz, sichern diese und machen sie zugleich besser als bisher für die Bevölkerung nutzbar“, so Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

Erinnerung an den Volksaufstand

Wenig bekannt: Streikpläne vom 17. Juni 1953 wurden auf dem Müggelsee geschmiedet

Der Bezirk Treptow-Köpenick bleibt sich seiner Geschichte bewusst. Dazu gehört in diesem Jahr die Erinnerung an den 65. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Dazu wird auf Initiative des Bezirksbürgermeisters Oliver Igel (SPD) am Mittwoch, dem 27. Juni 2018 um 18 Uhr im Ratssaal des Rathauses Köpenick ein Symposium stattfinden. Angekündigt haben sich dazu unter anderem auch der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn.

„Die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte ist uns eine Herzensangelegenheit. Vor allem die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und die Aufklärung über die Taten in unserem Bezirk sollten im Mittelpunkt stehen. Und so hat schon 1998 in Treptow-Köpenick die Ausstellung über die „Stasi in Köpenick“, ihre Tat-Orte und Machenschaften sowie die dahinter stehenden Namen für Aufsehen gesorgt. Treptow-Köpenick gehörte aber auch zu den ersten Bezirken, die durch dauerhafte Markierung von Orten die Vergangenheit in das aktuelle Bewusstsein heben wollte: seien es die Gedenktafeln an den früheren NKWD-Objekten, die Stasi-Kreisdienststellen, aber auch bei der früheren SED-Kreisleitung. Wer tatsächlich die politische Verantwortung trug, sollte nicht in Vergessenheit geraten. Die Erinnerung an gelungene Fluchten – durch Tunnel – aber auch das Ge-



denken an die Todesopfer sind uns genauso Verpflichtung, schließlich hatte Treptow den längsten Berliner Mauerabschnitt auf seinem Gebiet. Und während andere die Berliner East-Side-Gallery abbauen, bleibt im Treptower Norden einer der letzten erhaltenen Grenzwachtürme bestehen und dient als Mahnung und zur Information“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

In Treptow-Köpenick wurde 2007 überhaupt die erste Anwohnerstraße nach einem Streikführer des 17. Juni benannt: Siegfried Berger. „Auch das verlief nicht ohne Dis-

kussionen mit Ewiggestrigen, die das als Konterrevolution brandmarkten. Siegfried Berger hätte in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag gefeiert. Wenig in der Öffentlichkeit bekannt ist, dass die Planung des Arbeiterstreiks, der sich zum Volksaufstand entwickelte, im heutigen Bezirk Treptow-Köpenick seinen Ausgangspunkt nahm: genauer auf dem Müggelsee an der Anlegestelle Rübzahl“, sagte Igel. Rund 600 Arbeiter der Baustelle des Krankenhauses in Friedrichshain machten am 13. Juni 1953 einen Ausflug mit Fahrgastsschiffen, die sie zur Gast-

stätte „Rübzahl“ führten. Hier diskutierten sie erstmals Streikpläne. 2013 wurde bei „Rübzahl“ ein Gedenkstein eingeweiht, der an diese Geschichte erinnert.

An Siegfried Berger wird mit einem Vortrag im Rahmen des Symposiums erinnert. Der Bezirksbürgermeister lädt Zeitzeugen des Volksaufstandes, die Erinnerung an Ereignisse in Treptow oder Köpenick hatten, zu dem Symposium im Rathaus ein. Auch andere Interessierte aus allen Generationen sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Politik zum Anfassen und Mitmachen

Die SPD-Fraktion Treptow-Köpenick nah an den Menschen

Hand aufs Herz – sie haben sich doch auch schon mal über etwas im Bezirk geärgert. Sei es der fehlende Fußgängerüberweg, eine Baustelle an der es nicht weitergeht oder eine schmutzige Ecke, um die sich niemand kümmert. Oft denken wir kurz an solche Dinge, vergessen Sie dann wieder und rufen sie auf, wenn wir ein ähnliches Erlebnis erneut haben. Nach und nach entsteht Frust darüber und es beginnt in einem zu brodeln, man erzählt Freunden davon und bestärkt sich darin, dass die Situation sich ändern muss und es so nicht weitergehen könne. Viele Menschen wenden sich in solchen

Situationen nicht an diejenigen, die sich um solche Dinge kümmern sollen und wollen – die Menschen aus der Kommunal- und Landespolitik. Dahinter steckt auch der vermutete Gedanke, es könnte die Politik nicht interessieren oder das eigene Problem sei doch eigentlich nicht so groß.

Die SPD-Fraktion stellt 16 Bezirksverordnete und zwei Mitglieder im Bezirksamt. Uns alle eint, dass wir den Bezirk, gemeinsam mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn schöner und lebenswerter machen wollen.

Wenn Sie das nächste Mal etwas ärgert, greifen Sie doch zum Tele-

fon (030/90297-4446) oder schreiben Sie uns eine E-Mail (buero@spd-fraktion-tk.de) und machen Sie die Erfahrung, dass Politik sich wirklich kümmert und sprechen Sie mit ihren Freundinnen und Freunden darüber. So schaffen wir es gemeinsam den Bezirk zu einem besseren Ort zu machen und etwas gegen Politikverdrossenheit zu tun. Ein afrikanisches Sprichwort besagt: „Viele kleine Leute in vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern.“

Gemeinsam, machen wir das. Wir freuen uns auf Sie.

So erreichen Sie uns:

SPD-Fraktion Treptow-Köpenick
Rathaus Treptow
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

E-Mail: buero@spd-fraktion-tk.de
Internet: www.spd-fraktion-tk.de
Facebook: SPD.Fraktion.Treptow-Koepenick

Telefon: (030) 90297-4446
(telefonische Erreichbarkeit montags bis freitags 13 bis 17 Uhr)

Fahrradstaffel des Bezirksamtes geht an den Start

Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick unterstützt mit Beschluss für Pedelecs

Die neue Fahrradstaffel des Ordnungsamtes Treptow-Köpenick hat ihren Dienst aufgenommen. Dazu stehen zunächst einmal vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Die Fahrradstaffel soll den Verkehr mit den Augen der Radfahrenden wahrnehmen, so das Bezirksamt Treptow-Köpenick und vor allem schwächere Verkehrsteilnehmende, wie eben Radfahrende, Fußgängerinnen und Fußgänger, Kinder sowie Seniorinnen und Senioren im Blick haben. Dank ihrer besonderen Perspektive fördern sie ein faires Miteinander im Verkehr. Die Staffel leistet somit einen Bei-



Bezirksstadtrat Rainer Hölmer (l.) beim Start der Fahrradstaffel

Foto: Bezirksamt Treptow-Köpenick

trag zur Verkehrssicherheit und sorgt für mehr regelgerechtes Verhalten, und dies nachhaltig und emissionsfrei.

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick hat dazu in ihrer Sitzung am 11. April 2018 auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen, dass für die Fahrradstaffel des Allgemeinen Ordnungsdienstes zusätzlich Pedelecs angeschafft werden sollen.

Pedelecs, das sind Elektrofahrräder, die nur dann elektronische Unterstützung leisten, wenn gleichzeitig in die Pedale getreten wird.

Manuel Tyx, Ordnungspoliti-

scher Sprecher und Radfahrbeauftragter der SPD-Fraktion ist von der Notwendigkeit der Pedelecs für die neue Fahrradstaffel überzeugt. „Mit modernen Pedelecs wären die Dienstkräfte des Allgemeinen Ordnungsdienstes technisch gut gerüstet, um auch längere Strecken in unserem großen Bezirk zurückzulegen (Treptow-Köpenick verfügt als flächenmäßig größter Bezirk Berlins über eine Gesamtfläche von ca. 168 km²). Darüber hinaus sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade in der Rush Hour schneller mit solchen Elektrofahrrädern als mit dem Dienst-Pkw.“